



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Sozialausschuss

Es informiert Sie:	Melanie Mellinghaus
Telefon:	02104/99-2102
Fax:	02104/99-5133
E-Mail:	melanie.mellinghaus@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 01.10.2013

Niederschrift

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Montag, den 16.09.2013, 15:02 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Michael Pätzold

Mitglieder

Harald Degner

Wolfgang Diedrich (ab 15.04 Uhr)

Hans-Peter Kaiser

Dr. Uwe Koppe

Moritz Körner (ab 15.04 Uhr)

David A. Lungen

Reinhard Ockel

Meinolf Oexmann (bis 17.00 Uhr)

Martina Reuter

Sybille Schettgen

Hedy Scholz

Anne Sprenger

Margret Stolz

Elke Thiele

Christine Trube

Peter Vahlsing

Verwaltung

Frank Albers

Sabine Bretschneider

Rainer Krause

Barbara Leuchter

Melanie Mellinghaus

Kirsten Meyer-Wendeborn
Martin M. Richter
Manfred Vollmer

Gäste

Martina Würker

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.05.2013
3. Informationen der Verwaltung
4. Bestellung eines Schriftführers / einer Schriftführerin und Stellvertretung für den Sozialausschuss 50/045/2013
5. Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv 50/042/2013
6. Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH - Löschung im Handelsregister 50/043/2013
7. Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes des Kreises Mettmann - Fortführung der Täterarbeit 50/041/2013
8. Programm "ALTERnativen 60plus"
- 8.1. Programm "ALTERnativen 60plus Entwurf des Rahmenkonzeptes seniorengerechte Quartiersentwicklung 50/038/2013
- 8.2. Programm "ALTERnativen 60plus" Quartiersnahe Unterstützung pflegender Angehöriger 50/039/2013
- 8.3. Programm "ALTERnativen 60plus" Veranstaltung mit der Wohnungswirtschaft und Fachtagung Demenznetz 50/040/2013
9. Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht 50/046/2013

10. Betreuungsgeld 50/047/2013
11. Kreisintegrationszentrum
- 11.1. Kreisintegrationszentrum - Sachstandsbericht Sprachliche Bildung 50/044/2013
- 11.2. Kreisintegrationszentrum - Sachstandsbericht Elternbildung 50/048/2013
12. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

13. Informationen der Verwaltung
14. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende KA Pätzold eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Tagesordnung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest. Ebenso begrüßt er als Gäste die Vertreter der Wohlfahrtsverbände.

Ein Berichterstatter für den Kreistag wird nicht benannt.

Neben den ordentlichen Mitgliedern sind folgende Vertreter erschienen:

SB Scholz für KA Altvater
KA Reuter für KA Nessler-Mannheim
SE Sprenger für SE Verbeek
KA Degner für SB Hustädt
KA Schnitzler fehlt entschuldigt

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.05.2013

Die Niederschrift vom 23.05.2013 wird einstimmig bei 1 Enthaltung von SB Scholz und 1 Enthaltung von SB Oexmann wegen Nichtanwesenheit in der letzten Sitzung genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Herr Richter berichtet über den Sachstand und die Weiterentwicklung der Psychosozialen Betreuung. Der Sozialausschuss wurde in seiner Sitzung am 10.09.2012 ausführlich über die Thematik informiert. Der Kreistag hat für die Wahrnehmung der Aufgabe für das Jahr 2013 insgesamt 72.000 € zur Verfügung gestellt. Ursächlich hierfür war die Erkenntnis, dass im Rahmen des beschäftigungsorientierten Fallmanagements vermehrt Klientinnen und Klienten mit psychosozialen Problemlagen aufgefallen sind. Das beschäftigungsorientierte Fall-

management beinhaltet u.a. eine stärkere Kontaktdichte zum einzelnen Klienten. So besteht die Möglichkeit, Problemstrukturen leichter zu erkennen und gezielter an Lösungen hierfür zu arbeiten.

Laut Auskunft des Jobcenters ME-aktiv wurden im 1. Halbjahr 2013 psychosoziale Beratungen in einem Kostenumfang von rd. 25.000 € bewilligt. Beraten wurden insgesamt bislang 34 Personen, wobei noch nicht alle Beratungen abgeschlossen sind. In einigen Fällen war zudem eine Aufstockung des ursprünglich geplanten Beratungsumfangs erforderlich, da sich der konkrete Bedarf größer als erwartet dargestellt hat.

Ob und in welchem Umfang der bisherige Ansatz den vorhandenen Bedarf deckt und die Maßnahmen zielführend sind, wird sich erst im Laufe der nächsten Monate zeigen. Herr Richter sichert zu, dass dem Ausschuss im nächsten Jahr vor den Haushaltsplanberatungen ein ausführlicher Bericht gegeben wird.

Weiter informiert Herr Richter über die begrenzte Weiterführung der Schulsozialarbeit zum Bildungs- und Teilhabepaket (BTP). Mit der politischen Einigung über die Umsetzung der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Regelbedarfe von Beziehern von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II im Frühjahr 2011 wurde neben dem Bildungs- und Teilhabepaket auch eine zeitlich befristete Förderung von Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket bei den Grundsicherungsträgern beschlossen. Mit den in den ka Städten umgesetzten Konzepten für eine breit angelegte Schulsozialarbeit BTP wurde ein wichtiger und wirkungsvoller Beitrag für einen besseren Zugang zu Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eröffnet. Dies betrifft insbesondere Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten. Schulsozialarbeit BTP stellt damit ein wirkungsvolles Instrument zur Vermittlung von Bildungs- und Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche dar, das auf jeden Fall erhalten werden muss. Aufgrund der nach wie vor äußerst angespannten Finanzlage der Kommunen ist eine Weiterführung der zwischenzeitlich gut etablierten Arbeit nur mit einer weiteren finanziellen Unterstützung des Bundes oder des Landes möglich. Anderenfalls würde diese positive Entwicklung im Jahr 2014 abrupt enden und die neuen Hilfen müssten ersatzlos eingestellt werden. Herr Richter führt weiter aus, dass der Schlüssel zur Vermittlung von Angeboten der Bildung und Teilhabe nach wie vor die Schulsozialarbeit im Rahmen des BTP ist und der Kreis Mettmann sich darum für eine unbefristete Verlängerung der Schulsozialarbeit einsetzt. Er weist darauf hin, dass aktuell die Zuständigkeit zwischen Bund und Land strittig ist. Nach Einschätzung des Rechtsamtes des Kreises handelt es sich um eine Länderangelegenheit. Weiter wurde zwischenzeitlich ein Schreiben der Kommunalen AG Bergisch Land mit der Bitte um Unterstützung hinsichtlich der Fortführung der Schulsozialarbeit im Rahmen des BTP an die bergischen MdB und MdL sowie an Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, Frau Bundesministerin von der Leyen, Frau Ministerpräsidentin Kraft, Frau Ministerin Löhrmann und Herrn Minister Schneider gerichtet. Ebenso hat der Rat der Stadt Ratingen am 09.07.2013 eine Resolution an die Staatskanzlei hierzu verfasst.

Herr Richter informiert den Ausschuss über die am 27.11.2013 stattfindende Fachtagung des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt, in der u. a. Prof. Ahmet Toprak (Professor für Erziehungswissenschaften an der Fachhochschule Dortmund; Fachautor für Themen mit interkulturellem Ansatz) ein Vortrag halten wird.

Ferner berichtet Herr Richter über das Projekt „Job4ME“. Das Projekt ist aufbauend auf dem vorangegangenen Projekt „Aktivcenter U25“, neu konzipiert worden. Die Zielgruppe entspricht der des Aktivcenters, jedoch wird nun ein 2x4-Bausteine-Konzept die jungen Erwachsenen bei der Integration in den Arbeitsmarkt begleiten. Angeboten werden 16 Plätze für Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 17 bis unter 25 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt innerhalb des Kreises Mettmann und einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II haben. Die Zuweisung der Maßnahme an die Teilnehmer/innen erfolgt durch das zuständige Jobcenter. Alle Entwicklungsmaßnahmen werden gemeinsam mit den Jugendlichen besprochen. Im Verlauf der Maßnahme werden die zu erreichenden Schritte und Ziele kontinuierlich überprüft und bei Bedarf modifiziert. Alle vier Säulen sind notwendig, um die Arbeits- und Ausbildungsseignung des Jugendlichen nachhaltig

vorzubereiten und zu stärken. Der Ausschuss wird im 2. Halbjahr 2014 mit einer Vorlage vom Jobcenter umfassend über das Projekt und die Erfolge des Projekts informiert.

Zu Punkt 4:	Bestellung eines Schriftführers / einer Schriftführerin und Stellvertretung für den Sozialausschuss - Vorlage Nr. 50/045/2013
--------------------	--

Frau Barbara Leuchter wird bis zum Ende der Wahlperiode 2009 – 2014 einstimmig zur Schriftführerin und Frau Melanie Mellinghaus zur stellvertretenden Schriftführerin gewählt.

Zu Punkt 5:	Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv - Vorlage Nr. 50/042/2013
--------------------	---

Frau Würker stellt die aktuelle Entwicklung im Jobcenter ME-aktiv anhand der in der Einladung versandten Daten dar.

Weiter informiert sie den Ausschuss, dass eine Kooperation mit dem Mieterverein Erkrath abgeschlossen wurde. Hiernach können sich Kunden und Kundinnen des Jobcenters Erkrath beim Mieterverein Erkrath beraten lassen. Die Kosten für das Pilotprojekt trägt der Kreis Mettmann. In einem Jahr wird der Ausschuss über die Erfahrungen unterrichtet.

Auf die Anfrage von KA Stolz, welche Gründe hauptsächlich bei Widersprüchen angegeben werden, antwortet Frau Würker, dass es sich hierbei hauptsächlich um die Schwerpunkte im Bereich Einkommen und Vermögen sowie Kosten für Heizung und Unterkunft handelt. Weitere Schwerpunkte sind Aufhebungen und Erstattungen von Leistungen, wenn beispielsweise die mit Kunden getroffenen Vereinbarungen im Hinblick auf die Arbeitsvermittlung nicht eingehalten werden.

KA Längen berichtet, dass im Jugendhilfeausschuss der Stadt Ratingen die hohen Rückstände im Jobcenter bemängelt wurden. Frau Würker erwidert hierauf, dass seit drei Monaten keine nennenswerten Rückstände bestehen.

Die Ausführungen der Geschäftsführung des Jobcenters ME-aktiv werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 6:	Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH - Löschung im Handelsregister - Vorlage Nr. 50/043/2013
--------------------	--

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 7:	Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes des Kreises Mettmann - Fortführung der Täterarbeit - Vorlage Nr. 50/041/2013
--------------------	---

Einführend stellt Herr Richter die Wichtigkeit der Täterarbeit heraus, die als Erfolgsfaktor zur Bekämpfung der häuslichen Gewalt unumstritten ist. Er versichert, dass durch eine Verschiebung innerhalb des Produktbereiches 05 der Gesamthaushalt nicht zusätzlich belastet wird.

Auf Anfrage von KA Schettgen erklärt Herr Krause, dass die Gruppenangebote strengen Auflagen unterliegen. Freiwillige Teilnehmer brechen daher die Kurse eher ab. Bei den von den Staatsanwaltschaften zugewiesenen Tätern wird das laufende Verfahren ruhend gestellt. Im Falle des Abbruchs wird das Verfahren wieder aufgenommen.

Auf Anfrage von KA Stolz erläutert Herr Krause, dass alle Teilnehmer aus dem Kreis Mettmann stammen und lediglich ein Teilnehmer in Solingen lebt.

KA Degner möchte wissen, ob durch die Umschichtung der Mittel andere Angebote wegfallen. Dies wird von Herrn Krause verneint.

Frau Jommersbach ergänzt, dass die Kosten der Gruppenangebote durch das Justizministerium und die einzeltherapeutischen Gespräche mit Kreismitteln finanziert werden.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 8:	Programm "ALTERnativen 60plus" - Vorlage Nr.
--------------------	---

...

Zu Punkt 8.1:	Programm "ALTERnativen 60plus" Entwurf des Rahmenkonzeptes seniorenrechtliche Quartiersentwicklung - Vorlage Nr. 50/038/2013
----------------------	---

Herr Richter stellt die besondere Bedeutung der Quartiersentwicklung für die Zukunft dar. Anschließend erläutert Frau Bretschneider anhand einer Powerpoint-Präsentation den vorliegenden Entwurf des Rahmenkonzeptes für eine seniorenrechtliche Quartiersentwicklung.

Der Vorsitzende KA Pätzold bedankt sich für die Ausführungen.

KA Stolz begrüßt für die SPD-Fraktion die Initiativen des Programmes „ALTERnativen 60plus“. Eine Verbesserung der Situation in den ka Städten wäre bereits erkennbar. Im Hinblick auf die seniorenrechtliche Quartiersentwicklung sieht KA Stolz Probleme bei der ärztlichen Versorgung. Insbesondere gäbe es erhebliche Probleme bei der augenärztlichen Versorgung. Sie sieht zwar die Zuständigkeit nicht in diesem Ausschuss, bittet aber, einen entsprechenden Appell an den Landkreistag zu richten.

KA Trube begrüßt das Konzept grundsätzlich, macht aber gleichzeitig auch auf die Probleme im Bereich Verkehr und Kultur aufmerksam. Der ÖPNV wird immer stärker eingeschränkt, so dass ältere Menschen immer weniger in der Lage seien, kulturelle Veranstaltungen zu besuchen.

KA Ockel begrüßt für die CDU-Fraktion ebenfalls das Rahmenkonzept und schließt sich den Ausführungen von KA Stolz an. Weiter will er wissen, wie die Städte, die lt. Vorlage nicht Mitglieder des Arbeitskreises sind, eingebunden werden.

SB Kaiser bemängelt, dass man in der Entwicklung schon weiter sein könnte, wenn der Soziale Dienst nicht an die Städte abgegeben worden wäre, sieht aber eine positive Entwicklung.

Herr Richter erläutert, dass die Verkehrsplanung des ÖPNV zwar in die Kreiszuständigkeit fällt, die Taktung jedoch auf Vorschläge der Städte erstellt wird, die hierfür auch die Kosten tragen. Zur Anregung von KA Stolz sichert Herr Richter zu, das Thema über Herrn Dr. Lange an die Gesundheits- und Pflegekonferenz zur Beratung weiterzuleiten und den Landkreistag ebenso zu informieren. Bezüglich der Einbindung der Städte erklärt Herr Richter, dass diese über die Sozialamtsleitertagung zur Teilnahme aufgerufen worden seien, aber nicht alle teilnehmen wollten. Die 5 teilnehmenden Städte und der Kreis Mettmann haben somit stellvertretend für alle kreisangehörigen Städte das Konzept entwickelt.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 8.2: Programm "ALTERnativen 60plus"
Quartiersnahe Unterstützung pflegender Angehöriger
- Vorlage Nr. 50/039/2013**

Herr Richter erläutert kurz die Vorlage.

KA Trube erkundigt sich, welche Anstrengungen das Klinikum Niederberg und das Evangelischen Krankenhaus Mettmann unternommen haben.

Frau Bretschneider führt dazu aus, dass am Klinikum Niederberg inzwischen eine Selbsthilfegruppe für Angehörige psychisch Erkrankter gegründet wurde und eine spezielle Seniorenstation für demenziell veränderte Menschen im Evangelischen Krankenhaus Mettmann geplant ist.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 8.3: Programm "ALTERnativen 60plus"
Veranstaltung mit der Wohnungswirtschaft und Fachtagung Demenznetz
- Vorlage Nr. 50/040/2013**

Herr Richter informiert den Ausschuss über die am 16.10.2013 stattfindende Fachtagung Demenz und bittet die Ausschussmitglieder, sich diesen Termin vorzumerken.

KA Diedrich regt an, bei der Darstellung der demografischen Zahlen auch aktuelle Zahlen aus dem Zensus einfließen zu lassen und bittet darum, diese zu Protokoll zu liefern.

Herr Richter weist darauf hin, dass eine Umsetzung zeitnah nicht erfolgen kann. Er nimmt die Anregung jedoch dankend auf und hält fest, dass die aktuellen Zahlen zu einem späteren Zeitpunkt nachgeliefert werden.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 9: Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht
- Vorlage Nr. 50/046/2013**

Herr Richter weist auf 2 Heime in Neuss hin, die nach mehreren Überwachungen von der Heimaufsicht geschlossen wurden.

SB Scholz erkundigt sich, wie es mit dem Einverständnis von Betreuern bei der Inaugenscheinnahme von Bewohnern im Rahmen unangemeldeter Prüfungen aussieht.

Herr Richter erklärt daraufhin, dass eine Stichprobe in einem solchen Fall ohne Einverständnis des Betreuers oder des jeweiligen Heimbewohners nicht stattfindet. Grundsätzlich sind Betreuer allerdings rund um die Uhr erreichbar.

Weiter teilt er mit, dass der Kreistag im letzten Jahr der Aufstockung der ½ Stelle Heimaufsicht zugestimmt hat, allerdings müssen die Mittel aus dem eigenen Personalbudget des Dezernates erbracht werden.

KA Degner erkundigt sich, ob nur anlassbezogene Prüfungen oder auch regelmäßige Prüfungen durchgeführt werden.

Herr Richter erklärt, dass es Ziel der Heimaufsicht ist, dem gesetzlichen Auftrag nachzukommen, wonach mindestens 1x im Jahr eine Überwachung stattfinden soll. Eine anlassbezogene Prüfung ist jedoch besonders gewichtig und ersetzt ggf. eine Regelprüfung. Weiter teilt er in

diesem Zusammenhang mit, dass der Gesetzgeber weitreichende Veränderungen beabsichtigt; unter anderem wird sich die Zuständigkeit der Heimaufsicht auf die ambulante Pflege erweitern, die Prüfintervalle werden auf 2 Jahre ausgeweitet, sofern eine mängelfreie Prüfung vorausgeht.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 10: Betreuungsgeld - Vorlage Nr. 50/047/2013
--

Herr Richter erläutert die Vorlage. Das zum 01.08.2013 eingeführte Betreuungsgeld soll Eltern zu Gute kommen, die ihr Kind im zweiten und dritten Lebensjahr nicht in einer öffentlich geförderten Tageseinrichtung betreuen lassen. Das Betreuungsgeld kann für Kinder, die ab dem 01.08.2012 geboren sind, beansprucht werden. Diese Leistung wird in Höhe von zunächst 100 Euro und ab August 2014 in Höhe von 150 Euro monatlich gezahlt. Ein Anspruch besteht allerdings nur dann, wenn für das Kind keine Leistungen nach SGB VIII in Anspruch genommen werden. Vom 01.08.2013 bis zum 04.09.2013 gingen insgesamt 195 Anträge ein. Insgesamt wurden bisher 7 Widersprüche erhoben, in einem Fall konnte abgeholfen werden, die übrigen wurden zur endgültigen Bescheidung an die Bezirksregierung weitergeleitet.

Auf Anfrage von KA Stolz erklärt Herr Richter, dass für das Betreuungsgeld keinerlei Personalkostenerstattung von Seiten des Gesetzgeber vorgesehen ist.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen

Zu Punkt 11: Kreisintegrationszentrum
--

...

Zu Punkt 11.1: Kreisintegrationszentrum - Sachstandsbericht Sprachliche Bildung - Vorlage Nr. 50/044/2013
--

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 11.2: Kreisintegrationszentrum - Sachstandsbericht Elternbildung - Vorlage Nr. 50/048/2013
--

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 12: Nachträge

Es liegen keine öffentlichen Nachträge vor.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 17:13 Uhr

gez.
Michael Pätzold

gez.
Melanie Mellinghaus